

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Montag, den 18.02.2013

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 20:15 Uhr

Ort, Raum: großer Saal im Bürgerhaus in Allendorf (Lumda)

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Dr. Jochen Karl, eröffnet die 16. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie gilt somit als beschlossen.

Es besteht Einigkeit, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 aufgrund ihrer inhaltlichen Verbindung gemeinsam zu beraten.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 05.02.2013 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 16. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 18.02.2013

- TOP 1: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO zum Haushaltsplan 2013; 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2013
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/136/2012
- TOP 2: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/135/2012
- TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

TOP 1: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO zum Haushaltsplan 2013; 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2013 hier: Beratung und Beschlussempfehlung Vorlage: 20/136/2012

Gemeinsame Beratung mit TOP 2.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vorgelegte 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 92 HGO unter Berücksichtigung der gefassten Einzelbeschlüsse zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig beschlossen -

TOP 2: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013 hier: Beratung und Beschlussempfehlung Vorlage: 20/135/2012

Es besteht Einvernehmen, im Rahmen der Beratung auf den Aufruf der Einzelprodukte zu verzichten und über die vorliegenden Einzelanträge zu beraten und abzustimmen. Hierzu wird der Haushaltsplan mit -satzung zur Beratung und Beschlussempfehlung in folgender Reihenfolge aufgerufen:

- Haushaltssatzung, Gesamtergebnishaushalt und Gesamtfinanzhaushalt
- Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt und Investitionsmaßnahmen
- Haushalts- und Deckungsvermerke (Budgets) mit Teilhaushaltsübersicht
- Stellenplan
- Übersichten
 - über den Stand der Verbindlichkeiten,
 - über den Stand der Rücklagen u. Rückstellungen,
 - über die Verpflichtungsermächtigungen,
 - über die Zuwendungen an die Fraktionen.

Die Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt werden beraten; über die Anträge werden Einzelabstimmungen gefasst.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgende Einzeländerungen des Haushaltsplanes 2013 zu beschließen:

Produkt 1.1.1.10, Unterstützung und Betreuung von städtischen Gremien, Städtepartnerschaften

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion vom 11.02.2013 zur Aufstockung der Mittel der Städtepartnerschaft vor. Grund ist das 40jährige Partnerschaftsjubiläum mit Nouvion sur Meuse. Herr Wilhelm erläutert für die Fraktionen den Antrag. Es folgen die Stellungnahmen der übrigen Fraktionen.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die eingestellten Mittel der Städtepartnerschaft für 2013 von 3.300 € um 2.000 € aufzustocken (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 BFA-FDP/CDU/FWG/SPD
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltung: 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- einstimmig beschlossen -

Produkt 1.2.6.10, Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Vorgesehene Einsparungen Haushaltssicherungskonzept - Entwurfsfassung -:

Produkt	Pos.	Bezeichnung	2013	2014	2015	2016
11130	13	Sanierung Rathausdach	50.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12610	13	Brand- u. Katastrophenschutz	11.570,00 €	9.120,00 €	11.570,00 €	9.120,00 €
		Einnahmeverbesserungen gegenüber Planentwurf 2013	61.570,00 €	9.120,00 €	11.570,00 €	9.120,00 €

Die vorliegenden Konsolidierungswerte des Haushaltssicherungskonzeptes unter Punkt 4.4.1 auf der Seite 9 sind neu festzusetzen. Ebenso sind die Haushaltsansätze für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) des Brand- und Katastrophenschutzes im Haushaltsplan entsprechend anzupassen. Es folgt eine ausführliche Diskussion im Ausschuss. Der zunächst von Herrn Schmidt für die CDU-Fraktion gestellte Beschlussantrag auf Reduzierung der Sach- und Dienstleistungen auf 75.000 € (Ansatz 93.000 €) für das Haushaltsjahr 2013 wird im Rahmen der Aussprache auf Vorschlag der Bürgermeisterin Bergen-Krause einvernehmlich auf 80.000 € festgesetzt.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) für das Jahr 2013 von 93.000 € auf 80.000 € zu reduzieren sowie die vorgelegte 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts unter Punkt 4.4.1 auf der Seite 9 wie folgt abzuändern:

Produkt	Pos.	Bezeichnung	2013	2014	2015	2016
11130	13	Sanierung Rathausdach	50.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12610	13	Brand- u. Katastrophenschutz	13.000,00 €	13.000,00 €	13.000,00 €	13.000,00 €
		Einnahmeverbesserungen gegenüber Planentwurf 2013	63.000,00 €	13.000,00 €	13.000,00 €	13.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltung: 0

- einstimmig beschlossen -

Produkt 3.6.5.10 Tageseinrichtung für Kinder, Maßnahme 01, Ausbau der U3-Betreuung:

Es liegt ein Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 28.01.2013 auf namentliche Abstimmung vor. Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wurde zur Sitzung des HFWRA am 05.02.2013 ein schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion eingebracht, der die Prüfung einer möglichen Kooperation mit der Grund- und Gesamtschule vorsieht. Zunächst ist über den Änderungsantrag und danach ggf. über den Hauptantrag abzustimmen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass zum Antrag der BFA/FDP-Fraktion noch keine verbindlichen Stellungnahmen des Landkreises bzw. der Schulen und des Kindergartens eingeholt werden konnten. Allerdings entstehe für den Lehrkörper der Grundschule sowie den Erzieherinnen des Kindergartens das zusätzliche organisatorische Problem, zwischen der Grund- und Gesamtschule bzw. dem Kindergarten und der Grundschule pendeln zu müssen. Die Landkreisverwaltung sieht ein solches Konzept derzeit eher mittelfristig (3 bis 5 Jahre) als umsetzbar an.

Ferner teilt Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause mit, dass am heutigen Tag ein Bescheid des Regierungspräsidiums Kassel zum konnexitätsbedingten Ausgleich für die Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (MVO) mit einer ersten Abschlagszahlung in Höhe von 32.852,42 € eingegangen ist. Diese Zahlungen werden rückwirkend für den Zeitraum 2009 bis 2013 in jährlichen Raten ab 2013 bis 2018 an die Stadt gezahlt und sind bisher noch nicht im Haushaltsplan enthalten.

Die absolute Höhe der weiteren Abschlagszahlungen in den Jahren 2014 bis 2018 steht zunächst noch nicht endgültig fest und wird sich nach dem noch zu beschließenden Hessischen Kinderförderungsgesetz (HessKiföG) richten.

Eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B zur Finanzierung der laufenden Kosten wird seitens der Fraktionen im Hinblick auf den Kommunalen Rettungsschirm Hessen (KSH) und den bereits erfolgten Steuererhöhungen als nicht vermittelbar abgelehnt.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause schlägt vor, zur Vermeidung einer weiteren Grundsteuererhöhung, die neu einzustellenden Erträge aus den Ausgleichszahlungen zur Finanzierung der U3-Betreuung heranzuziehen. Als weiteren Ausgleich der zu finanzierenden Aufwendungen könnte der Kindergartenbeitrag für die neu zu schaffende U3-Betreuung auf 320 € monatlich angehoben werden. Mit diesen Mitteln würde eine allgemeine Finanzierungslücke von ca. 5.000 € p. A. verbleiben.

Der Elternbeitrag selbst bzw. der städtische Zuschussbedarf wäre noch mit dem Vorstand der Arbeiterwohlfahrt als Trägerverein abzustimmen. Herr Schmidt weist darauf hin, dass diese Kinderbetreuungskosten steuerlich abzugsfähig sind, so dass - je nach individuellem Steuersatz - ca. 1/3 der Kosten im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs den Eltern wieder erstattet werden.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bittet zu bedenken, dass die Investitionsauszahlungen zwecks Sicherstellung der möglichen Investitionsförderung in den Haushalt eingestellt werden müssten bzw. bleiben sollten. Die investiven Auszahlungen könnten mit einem Haushaltssperrvermerk versehen werden, so dass abschließend in einer separaten Sitzung über die tatsächliche Form der U3-Betreuung unter Berücksichtigung des Antrags der BFA/FDP-Fraktion beschlossen werden kann. Mit der Einstellung dieser Mittel in Verbindung mit einem Haushaltssperrvermerk würde sich die Stadt sämtliche Optionen offen halten. Andernfalls droht der Verlust der Investitionszuweisung in Höhe von voraussichtlich 150.000 €.

Nach einer ausgiebigen und kontroversen Diskussion des Ausschusses wird über die abgeänderte Beschlussempfehlung abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird auf die ursprünglich beantragte namentliche Abstimmung verzichtet.

Beschlussempfehlung: Änderungsantrag BFA/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

- Für die Schaffung von zusätzlichen U3-Betreuungsplätzen sind 210 T€ als investive Auszahlungen sowie 150 T€ als investive Zuweisung in den Haushaltsplan 2013 einzustellen. Weiterhin ist der städtische Betriebskostenzuschuss für das Jahr 2013 um 1.250 € zu erhöhen.

In der Ergebnis- und Finanzplanung 2014 ff. ist dieser Zuschuss mit 5.000 € / jährlich fortzuschreiben. Die investiven Auszahlungen werden mit einem Haushaltssperrvermerk versehen.

- Zur Gegenfinanzierung des zusätzlichen Aufwandes sind die Mittel aus dem Konnexitätsausgleich für die Verordnung über die Mindestvoraussetzung in Tageseinrichtungen für Kinder in Höhe von 32.850 € p. A. heranzuziehen und in den Haushaltsplan einzustellen.
- Bevor Investitionen für den Ausbau der Kleinstkinderbetreuung getätigt werden, ist ein Gesamtkonzept für die Kinderbetreuung und zwar für die U3-Betreuung und der Grundschul Kinder einschließlich deren Nachmittagsbetreuung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

- einstimmig beschlossen -

Beschlussempfehlung: Hauptantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mit der Annahme des erweiterten Antrags hat sich die Abstimmung hierüber erledigt.

Produkt 5.1.1.10 Städtebauliche Planung / Charta „100 Kommunen für den Klimaschutz“:

Es liegt der Antrag 60/524/2013 auf Einstellung von Haushaltsmitteln für die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes im Rahmen der Charta „100 Kommunen für den Klimaschutz“ zur Abstimmung vor. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erläutert die Vorlage. Es besteht im Ausschuss Einvernehmen, der Anregung von Herrn Vorsitzenden Dr. Karl zu folgen und vor Beauftragung des anbietenden Büros das Anforderungsprofil weiter zu konkretisieren sowie Alternativangebote einzuholen. Daher sollen die zusätzlichen Mittel mit einem Haushaltssperrvermerk versehen.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 14.280 € zu erhöhen. Gleichzeitig sind Zuweisungen in Höhe von 12.140 € in den Haushaltsplan 2013 neu einzustellen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 14.280 € werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

- einstimmig beschlossen -

Produkt 5.7.1.10, Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Maßnahme 003 / Beteiligungen

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion vom 11.02.2013 zur Einstellung von investiven Auszahlungen in Höhe von 50.000 € für Beteiligungen im Rahmen der Windenergienutzung vor. Herr Wilhelm erläutert den gemeinsamen Antrag. Im Rahmen der Aussprache wird u. a. bemängelt, dass dieser Antrag sehr kurzfristig gestellt worden ist.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 50.000 € investive Auszahlungen für Beteiligungen an der Windenergienutzung neu in den Haushaltsplan 2013 einzustellen. Die investive Auszahlung wird mit einem Haushaltssperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig beschlossen -

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit –plan 2013 und Anlagen insgesamt:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge für das Haushaltsjahr 2013 zu beschließen. Die geplante Darlehnsaufnahme erhöht sich im Rahmen der beschlossenen Anträge entsprechend.

Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig beschlossen -

TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen:

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Mitteilungen:

Keine

Allendorf (Lumda), den 22.02.13

gez. Dr. Karl

**(Stadtverordneter
Dr. Jochen Karl)
Vorsitzender**

gez. Rausch

**(Leiter der Finanzverwaltung
Jürgen Rausch)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Herr Stadtverordneter Christian
Zuckermann

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Dr. Jochen Karl
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael
Omokoko

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-
Krause
Herr 1. Stadtrat Ernst Jürgen Bernbeck
Herr Stadtrat Stephan Büker
Herr Stadtrat Herbert Lotz
Herr Stadtrat Udo Schomber
Herr Stadtrat Werner Thielemann

Stadtverordnete :

Herr Stadtverordneter Lothar Claar
Herr Stadtverordneter Walter Diehl
Frau Stadtverordnete Sylke Schäfer
Herr Stadtverordneter Thomas Stein

Verwaltung :

Herr Leiter der Finanzverwaltung Jürgen
Rausch

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb
Herr Stadtverordneter Walter Wilhelm

entschuldigt fehlten:

Magistrat :

Herr Stadtrat Reiner Placzko
Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Stadtverordnetenvorsteher :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz
Erbach